# alhambra

## zeitung und programm

# FIGHT FORTRESS EUROPE

november 2006

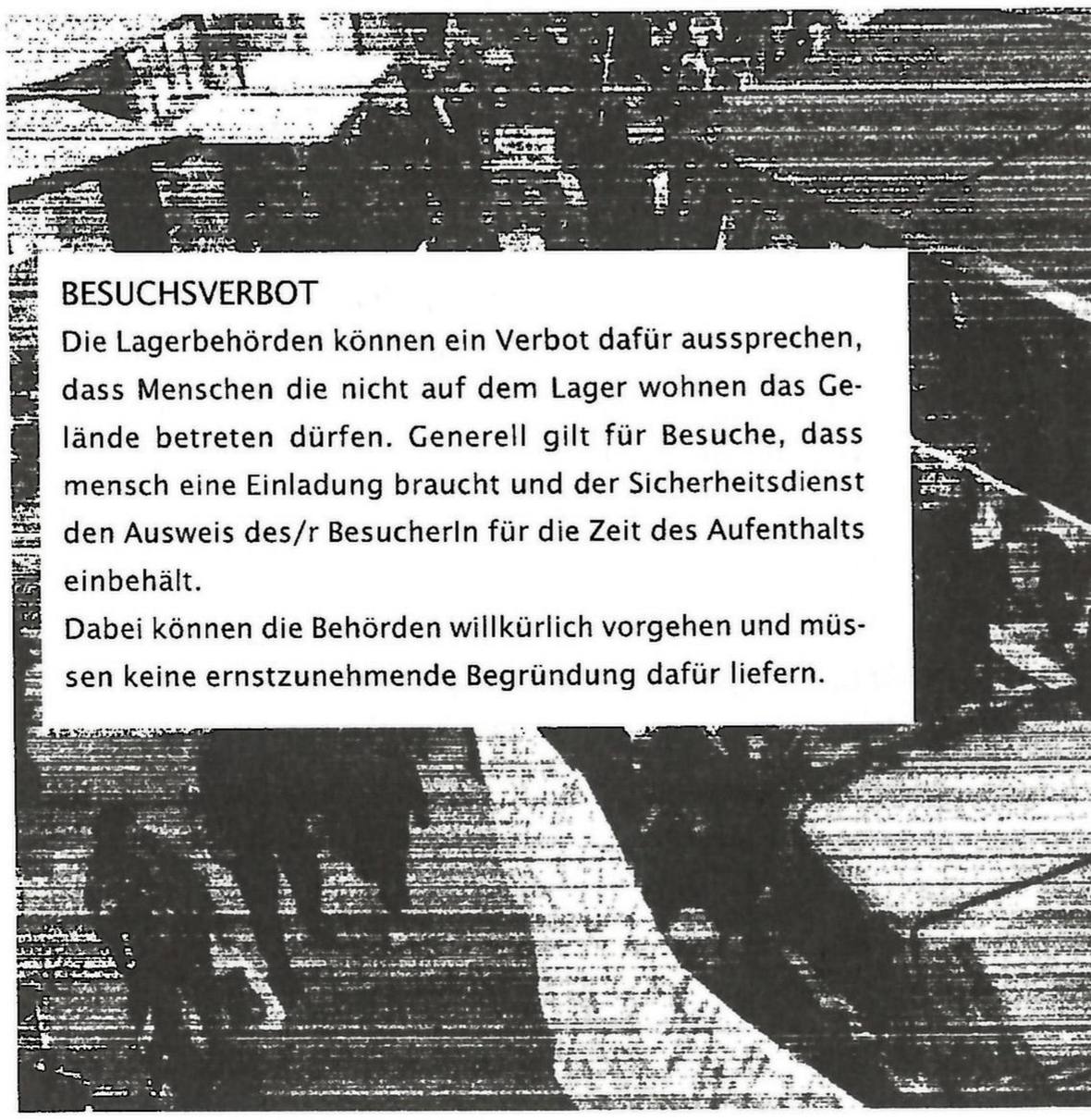
unter den Streikenden führen. Die Umverlegung einzelner Aktivisten soll die Bewegung spalten. Bisher wurden drei Flüchtlinge umverteilt. Die Behörden gehen dazu über, AktivistInnen, die am Streik beteiligt sind, auch in dezentrale Wohnungen umzuverteilen, damit in anderen niedersächsischen Lagern nicht ebenfalls Unruhen ausbrechen. So wurde jetzt auch ein Aktivist aus Bramsche, der kürzlich nach Braunschweig transferiert worden war, dezentral untergebracht.

Schon kurz nach den ersten Tagen des Streiks ging die Lagerleitung dazu über die Kantinenausweise zu kopieren, um an den Stempeln überprüfen zu können, ob die Person in der Kantine isst oder nicht. Darauf folgten Briefe und Gespräche mit den SozialbetreuerInnen, in denen zur Beendigung des Streiks aufgefordert wurde. Außerdem wurden die Ausweise kopiert und auf jeder Demo oder Aktion fotografierten MitarbeiterInnen der ZAAB die Flüchtlinge. Nach einer Woche Streik fand auf dem Lagergelände eine Demo statt, auf der ein Bewohner der ZAAB von 10 PolizistInnen mit Schlagstöcken verprügelt wurde, weil er nicht auf sein Zimmer gehen wollte! Er wurde anschließend in die ZAAB Braunschweig verlegt. Zu dieser Zeit fingen die nächtlichen „Besuche" der Polizei in den Zimmern von AktivistInnen an, um diese zu Botschaftsvorführungen zu bringen, in andere Lager zu verlegen oder sie einzuschüchtern. Vor dem Streik fanden die Botschaftsvorführungen ungefähr einmal im Monat statt, jetzt mehrmals in der Woche. Die Polizei drohte mehreren Flüchtlingen damit, dass sie ins Gefängnis kommen würden, wenn sie auf die Demo gehen. Der Lagerleiter Lüttgau stand selber bei der allabendlichen Essensverteilung am Lagereingang und forderte alle auf wieder in der Kantine zu essen. Ein Flüchtling wurde auf dem Weg zum Bus zur Demo in Hannover am 25.10. von der Polizei in Gewahrsam genommen, mit der fadenscheinigen Begründung, dass er fünf Tage nicht in Blankenburg gewesen sei.

### Hintergrundinformationen

Der Streik setzt an konkreten Forderungen an, die sich gegen das Sachleistungsprinzip des „Asylbewerberleistungsgesetzes" wenden. Gefordert wird Geldleistungen statt Sachleistungen zu erhalten. In vielen Bundesländern wird schon vorwiegend Geld statt Sachleistungen an die Asylbewerber ausgezahlt. So wurden in Mecklenburg Vorpommern in einigen Lagern die Kantine abgeschafft und Geldleistungen ausgezahlt, damit sich die Flüchtlinge selber mit Lebensmitteln versorgen können. Dies ist kein Einzelfall, auch in Hamburg, Bremen, Hessen, Sachsen Anhalt, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein Westfalen und Rheinland-Pfalz werden überwiegend Geldleistungen statt Sachleistungen ausgezahlt.

In Niedersachsen wird seit 2000 eine Politik betrieben, in der Flüchtlinge möglichst nur noch in Lagern leben sollen. So wurde seit dem die Umverteilung in dezentrale Wohnheime und Wohnungen weitgehend eingeschränkt. Umverteilungen finden seitdem hauptsächlich zwischen den drei großen Lagern statt, diese sind ZAAB Braunschweig, ZAAB Oldenburg und das Lager Bramsche Hesepe. Von der ZAAB Oldenburg aus werden die Flüchtlinge in das Außenlager Bramsche Hesepe verlegt. Das Lager Bramsche Hesepe ist ein Modellprojekt. Im neuen Zuwanderungsgesetz werden solche Lager zynischerweise als „Ausreisezentren" bezeichnet. Sprachlich korrekter kann man solche Lager nach ihrer Zweckbestimmung als Abschiebelager bezeichnen. Offiziell werden dort Flüchtlinge eingewiesen, deren Antrag auf Asyl seitens der Behördeneinschätzung nur geringe Aussichten auf Erfolg hat. Bei 0,9 % Anerkennungsquote für AsylbewerberInnen im Jahr 2005 kann das praktisch jeder sein. Das Lager hat die Aufgabe Druck auf die Menschen auszuüben, damit sie möglichst schnell freiwillig in ihr Herkunftsland ausreisen. Nach der offiziellen Darstellung soll Flüchtlingen geholfen werden „freiwillig auszureisen". Die Methoden aus Bramsche werden aber auch zunehmend in der ZAAB Oldenburg und Braunschweig angewandt.



**BESUCHSVERBOT**

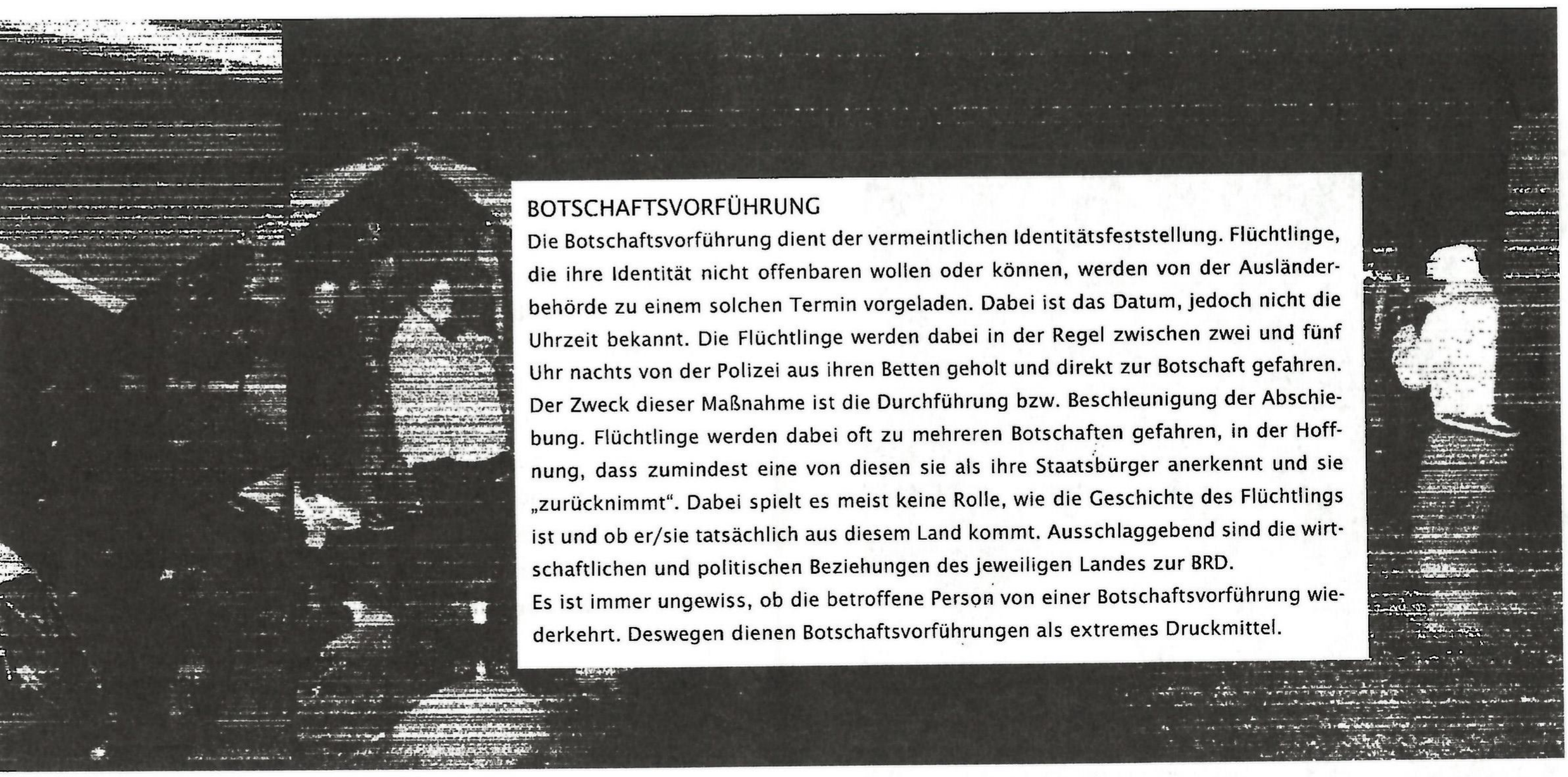
Die Lagerbehörden können ein Verbot dafür aussprechen, dass Menschen die nicht auf dem Lager wohnen das Gelände betreten dürfen. Generell gilt für Besuche, dass mensch eine Einladung braucht und der Sicherheitsdienst den Ausweis des/r BesucherIn für die Zeit des Aufenthalts einbehält.

Dabei können die Behörden willkürlich vorgehen und müssen keine ernstzunehmende Begründung dafür liefern.

Diese Politik der Fluchtabwehr bedeutet für die überwiegende Mehrheit der Flüchtlinge, dass sie lediglich in der Zeit bis zur Entscheidung ihres Asylantrages berechtigt sind, in Deutschland zu leben und dieses Leben soll ihnen so schwer wie möglich gemacht werden. Der Innenminister Schünemann wendet sich dezidiert gegen die dezentrale Umverteilung in die Gemeinden, obwohl die Kosten für die Unterbringung im Lager ungefähr das Dreifache verschlingen. Das Innenministerium begründet diese Mehrkosten ganz offen mit dem Argument, dass dafür in der Zukunft die Folgekosten sinken werden, weil die Ausreise der Flüchtlinge in den Lagern besser erzwungen werden kann. Folge dieser Politik ist nicht nur, dass die Ausreisezahlen steigen, sondern auch, dass viele Flüchtlinge in die Illegalität getrieben und damit kriminalisiert werden.

Eine Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft ist nicht vorgesehen, sondern die Lagerpolitik hat das erklärte Ziel Menschen zu isolieren und einen verfestigten Aufenthaltsstatus zu verhindern. Schünemann erklärt dazu: „(Es) müsse eine faktische Verfestigung des Aufenthaltes der weit überwiegenden Zahl der Betroffenen verhindert werden. Dies könne am besten in einer zentralen Landeseinrichtung erreicht werden."
Die Rückkehrförderung steht im Zentrum der Landespolitik. Die Bedingungen im Lager sind an dieser Politik ausgerichtet. Vergünstigungen für Flüchtlinge gibt es nur, wenn sie nach abgelehntem Asylantrag oder sogar vor der Ablehnung ihren Antrag zurückziehen und in die „freiwillige Rückkehr" einwilligen. Um dieses Ziel zu erreichen wird durch die Lagerverwaltung ein großer psychischer Druck gegenüber den Flüchtlingen aufgebaut. Hierzu gehören häufige Interviews, Botschaftsvorführungen, Streichungen des Taschengeldes, schlechte Lebensbedingungen, minderwertiges Essen, sowie unzureichende medizinische Versorgung und eine Abhängigkeit von bürokratischen Verwaltungsbehörden, die jegliche Perspektive einen verfestigten Aufenthaltsstatus zu erlangen zu verhindern trachten. Eine wirkliche „freiwillige" Entscheidung der Flüchtlinge würde Alternativen voraussetzen. Die einzige Möglichkeit, die den Flüchtlingen im Lager bleiben soll, ist die durch das Lagerpersonal zielgerichtete und forcierte Ausreise. Für Flüchtlinge wird in den Lagern ein Klima der existenziellen Ausweglosigkeit geschaffen. Dies führt dazu, dass Flüchtlinge in die Illegalität abtauchen und so kriminalisiert werden. Die Politik nimmt diesen Prozeß der Entrechtung billigend in Kauf, weil die Flüchtlinge dann dem Sozialsystem nicht mehr zur Last fallen. Außerdem werden aus den Lagern immer wieder Flüchtlinge abgeschoben.

Das Lagerleben macht krank. Im Asylbewerberleistungsgesetz ist demgegenüber lediglich eine akute Notbehandlung vorgesehen. Zwar gibt es eine Krankenstation im Lager Blankenburg, doch das Problem ist, dass Flüchtlinge, die mit Beschwerden dort hinkommen, immer wieder insistieren müssen um behandelt zu werden. Eine freie Arztwahl gibt es nicht und wenn sie zu Spezi



BOTSCHAFTSVORFÜHRUNG

Die Botschaftsvorführung dient der vermeintlichen Identitätsfeststellung. Flüchtlinge, die ihre Identität nicht offenbaren wollen oder können, werden von der Ausländerbehörde zu einem solchen Termin vorgeladen. Dabei ist das Datum, jedoch nicht die Uhrzeit bekannt. Die Flüchtlinge werden dabei in der Regel zwischen zwei und fünf Uhr nachts von der Polizei aus ihren Betten geholt und direkt zur Botschaft gefahren. Der Zweck dieser Maßnahme ist die Durchführung bzw. Beschleunigung der Abschiebung. Flüchtlinge werden dabei oft zu mehreren Botschaften gefahren, in der Hoffnung, dass zumindest eine von diesen sie als ihre Staatsbürger anerkennt und sie „zurücknimmt". Dabei spielt es meist keine Rolle, wie die Geschichte des Flüchtlings ist und ob er/sie tatsächlich aus diesem Land kommt. Ausschlaggebend sind die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen des jeweiligen Landes zur BRD.
Es ist immer ungewiss, ob die betroffene Person von einer Botschaftsvorführung wiederkehrt. Deswegen dienen Botschaftsvorführungen als extremes Druckmittel.

alisten überwiesen werden, sind dies VertragsärztInnen des Sozialamtes, die sie ebenfalls häufig wieder nach Hause schicken. Es gibt keinen Übersetzungsdienst für Krankenbesuche und so eine total reduzierte Kommunikation zwischen Arzt/Ärztin und PatientIn. Diese Situation hat in vielen Fällen dazu geführt, dass wichtige Behandlungen nicht stattgefunden haben. Hier sind Fälle bekannt, die von der Verweigerung einer Brille trotz schwerer Sehbehinderung hin bis zu einer mutmaßlich nicht diagnostizierten Krebserkrankung reichen.

Gegen diese kalkulierte Verschlechterung ihrer Lebenssituation und die Alternativlosigkeit des Lagerlebens sind die Flüchtlinge in der ZAAB Oldenburg/Blankenburg in den Streik getreten. Sie wehren sich gegen eine Asyl- und Lagerpolitik, die ihnen systematisch ihre Lebensperspektiven nimmt. Wir fordern die Abschaffung des Lagersystems.

Wir rufen alle auf Geld und Nahrungsmittel zu spenden und diese im Kulturzentrum Alhambra abzugeben
(Hermannstraße 83; 26135 Oldenburg)

**(Stand 30.10.06) Für weitere Informationen:**
www.alhambra.de/nolager
www.nolager.de
http://papiere-fuer-alle.org/blankenburg

Einblicke in die Basisstrukturen

# Backstage

**Essensverteilung**
Es gab eine Gruppe von Flüchtlingen, die sich jeden Tag um 16h im Alhambra trafen, um die vorhandenen Lebensmittel in 150 Tüten zu packen und um 18h nach Blankenburg zu fahren. Neben den Grundnahrungsmitteln wie Reis, Nudeln und Öl, die wöchentlich verteilt wurden, wurde jeden Tag 25kg Brot sowie 50 Liter Milch und 50 Joghurts und jeden zweiten Tag zusätzlich 30kg Käse gekauft. Zusätzlich dazu gab es Obst- und Gemüsespenden von verschiedenen Geschäften und Großmärkten aus Oldenburg und Bremen. Das Essen kostete pro Tag etwa 100 bis 150 Euro.

**Übersetzungen**
Generell ist das Problem, dass fast alle Flüchtlinge von Diskussionen/Inforamtionen ausgeschlossen sind, sofern es keine Übersetzungen gibt. Flugblätter und Informationen werden daher immer mindestens in englich, französisch und deutsch übersetzt, oft sind auch Übersetzungen in russisch, arabisch, persisch oder serbo-kroatisch vorhanden. Neben der Übersetzung von Texten ist die Übersetzung von Diskussionen und Treffen notwendig.

**Shuttle**
Für Treffen im Alhambra oder Aktionen in der Stadt ist es notwendig, dass Flüchtlinge aus Blankenburg mit Autos abgeholt und zurück gefahren werden. Daher ist ein halbe Stunde vor allen Plena Treffen in Blankenburg, um zu shuttlen.

**Treffen**
Mehrmals pro Woche finden große Plena mit 50-80 TeilnehmerInnen statt. Diese Treffen laufen mehrsprachig, d.h. es gibt laute Übersetzung auf englich, französisch und deutsch, sowie Flüsterüberesetzungen in russisch, arabisch oder kurdisch.

**Solidarität**
Neben der Solidarität von Gruppen, Einzelpersonen und Geschäften aus Oldenburg gibt es auch aus vielen anderen Städten konkrete Unterstützung. Aus Bremen kommen regelmäßig Lebensmittel und Geldspenden, in Münster wird auf Partys und Veranstaltungen Geld für den Streik gesammelt und auch lebensmittel wurden gebracht. Auch in Hamburg, Hannover und Bielefeld gibt's bzw gab es Solidaritätsaktionen und Spendensammlungen. Selbst in Berlin gibt es Soli-Konzerte und -Veranstaltungen zum Streik, besetzte Häuser zeigen ihre Solidarität mit Transparenten und auf Demonstrationen wird auf die Situation hingewiesen.

An dieser Stelle noch einmal...

# Forderungen der AsylbewerberInnen, die in Blankenburg leben

**ERNÄHRUNG**

1. Wir wollen unser Essen selber kochen, anstatt in der Kantine den Mist essen zu müssen!
2. Wir wollen Geldleistungen um unsere Lebensmittel zu kaufen

**MENSCHENRECHTE**

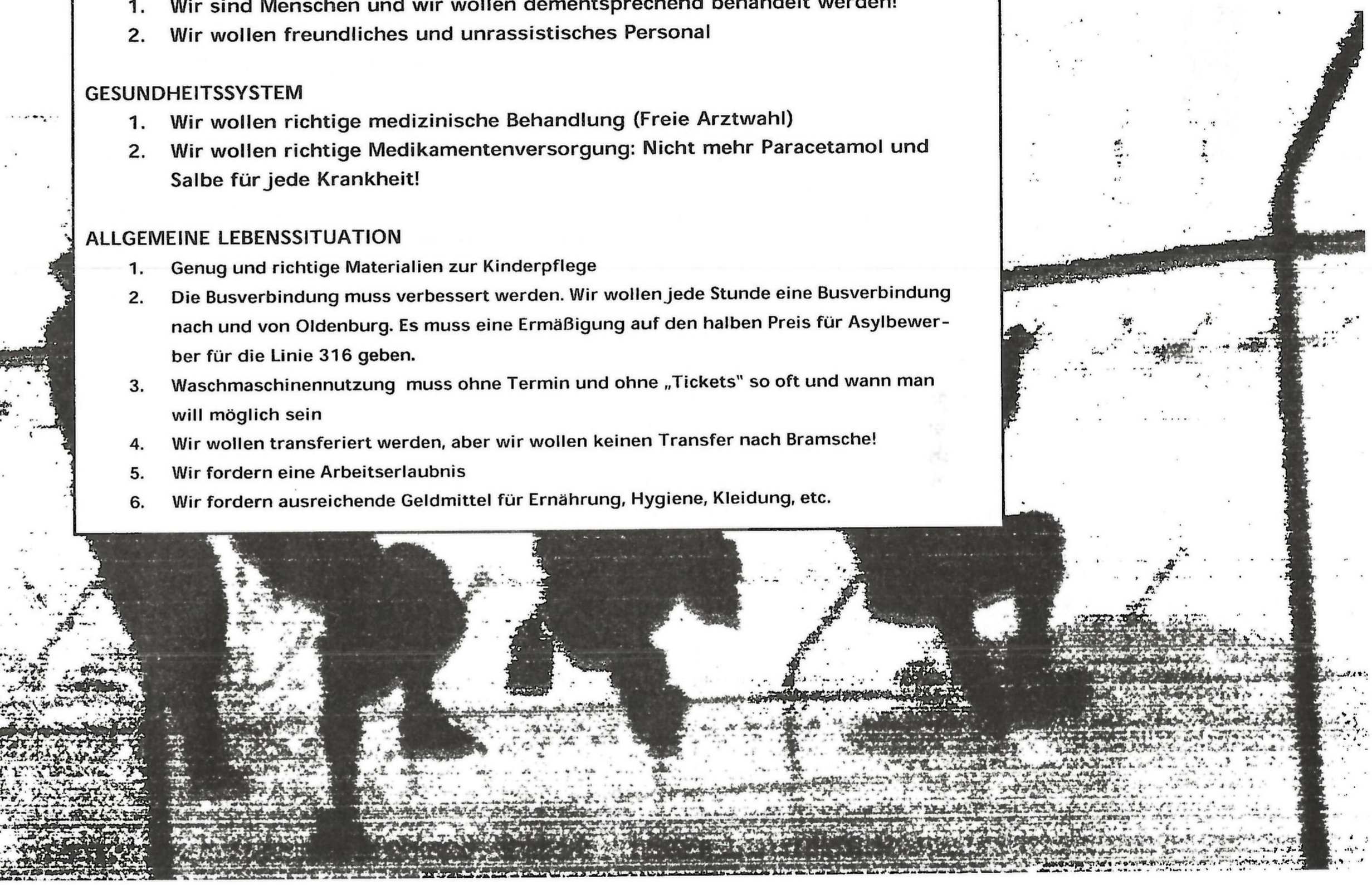
1. Wir sind Menschen und wir wollen dementsprechend behandelt werden!
2. Wir wollen freundliches und unrassistisches Personal

**GESUNDHEITSSYSTEM**

1. Wir wollen richtige medizinische Behandlung (Freie Arztwahl)
2. Wir wollen richtige Medikamentenversorgung: Nicht mehr Paracetamol und Salbe für jede Krankheit!

**ALLGEMEINE LEBENSSITUATION**

1. Genug und richtige Materialien zur Kinderpflege
2. Die Busverbindung muss verbessert werden. Wir wollen jede Stunde eine Busverbindung nach und von Oldenburg. Es muss eine Ermäßigung auf den halben Preis für Asylbewerber für die Linie 316 geben.
3. Waschmaschinennutzung muss ohne Termin und ohne „Tickets" so oft und wann man will möglich sein
4. Wir wollen transferiert werden, aber wir wollen keinen Transfer nach Bramsche!
5. Wir fordern eine Arbeitserlaubnis
6. Wir fordern ausreichende Geldmittel für Ernährung, Hygiene, Kleidung, etc.



# Dank an die UnterstützerInnen,

## die uns Geld und Nahrungsmittel gespendet oder sich für den Kampf der Flüchtlinge eingesetzt haben:

ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg), Niedersächsischer Flüchtlingsrat, Gemüsehändler (Sultan, Pascha, Kornkraft und viele HändlerInnen der Oldenburger Märkte), Antifa Aurich, Linkspartei Oldenburg, Linkspartei Niedersachsen, Antifa Braunschweig, Antifa Oldenburg, Antifa Bremen, Punkrock-Konzertgruppe AJZ Bielefeld, Grüne Jugend Niedersachsen, AStA der CvO-Uni-Oldenburg, AStA der Uni Bremen, viele BäckereifachverkäuferInnen, Karawane Bremen, Flüchtlingsrat Niedersachsen, Flüchtlingsrat Hamburg, DGB Hannover, amnesty international Gruppe Oldenburg, Kommunalpolitisches Forum Oldenburg, VoKü Münster, Linkes Vechta, Mono&Nikitaman, Yalla yalla movement, Oldenburger Rechtshilfe, Evangelische Gemeinde Osternburg, Evangelische Hochschulgemeinde, Ya basta Netzwerk, Falken Oldenburg, IBIS (Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V.), Flüchtlinge in Bramsche, Braunschweig und Mecklenburg-Vorpommern, dissent!-Bündnis, papiere für alle! Göttingen, UnterstützerInnen aus Berlin, Münster, Caracas und viele weitere Gruppen und Einzelpersonen.

# Prozess gegen Antifaschistin in Oldenburg

## der 03.09. ist noch nicht vorbei!

Am 20.11.06 findet ein weiterer Prozess wegen der Gegendemonstration an-lässlich des NPD-Aufmarsches vom 03.09.06 in Oldenburg statt. In einem nicht nachvollziehbaren Anklagekon-strukt wird der Beschuldigten Land-friedensbruch und die Rädelsführerschaft zur Last gelegt.

Zwischenzeitlich wurden in verschiedensten Verfahren gegen andere DemonstrationsteilnehmerInnen mindestens 3000 euro (!) an Strafen gezahlt und diverse Bewährungsstrafen verhängt. Der Staat will keinen Zweifel daran lassen: Widerstand wird teuer!

Die Verfahren sind bisher kaum Thema der öffentlichen Diskussion gewesen. Dieses hat mehrere Gründe:

Ein Verfahren öffentlich zu führen bedeutet viel Vorbereitung. Diese Zeit haben viele Menschen nicht, da sie unter anderem damit beschäftigt sind, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren.

Ein Verfahren zu führen bedeutet, eine Anwältin/einen Anwalt zu finanzieren. Bei in der Regel äußerst geringe Chancen auf Gewinn eines Verfahrens fragt man sich: warum zusätzliche Kosten in Kauf nehmen?

Ein Verfahren öffentlich zu führen heißt eventuell in der Öffentlichkeit zu stehen. Damit sind verschiedene Ängste verbunden: was sagen die ArbeitgeberInnen? Was sagt das persönliche Umfeld? Wie bewertet das eigene politische Umfeld das persönliche Verhalten vor Gericht?

Der nächste Prozess wird öffentlich geführt. Es kann nicht sein, dass politisch aktive Menschen über Strafbefehle finanziell ruiniert werden oder über Bewährungsstrafen politisch zur Untätigkeit verurteilt werden.

Die Empörung anlässlich des absolut unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes war dawo ist die Empörung über die Gerichtsverfahren und die entsprech-enden Urteile?

Es ist für einen Richter viel leichter, ein schnelles Urteil in einem Verfahren zu fällen, dass unter Beobachtung von einigen Leuten einer vermeintlichen Politszene stattfindet, als in einem Verfahren, dass von vielen Menschen öffentlich beobachtet wird

Festnahmen, Prozesse, Urteile sind entscheidende Elemente staatlicher Repression. Repression soll einschüch-tern und Menschen den Mut nehmen, sich den Nazis in den Weg zu stellen, um zu verhindern, dass diese ihre menschenverachtenden Inhalte verbreiten. Und das ist und bleibt der Ausgangspunkt der Gegenaktivitäten des 03.09.05: es sollte verhindert werden, dass die Nazis in Oldenburg marschieren.

Widerstand ist und bleibt in Deutschland nur so lange erwünscht und erlaubt, wie der Staat ihn für sinnvoll hält. Der Staat, vertreten durch die Politikerinnen und Politiker, die hier Demonstrationen erlauben und verbieten, ganze Gebiete mit Platzverweisen belegen und so bis ins Kleinste den Rahmen festlegen, in dem Widerstand geleistet werden soll. Der Staat, in dem diese Regeln leider nur von zu wenigen in Frage gestellt werden.

**Kommt alle am 20.11.06 um 11.00 Uhr zum Amtsgericht, Elisabethstr., Saal 7.**
**Spendet für die Oldenburger Rechtshilfe!**
**Lasst Euch nicht unterkriegen!**

**Am 20.11.06 findet ein „fit for process"-Training statt. Treffen ist um 8.30 Uhr am Parkplatz Drielaker See. Bitte Joggingschuhe und etwas zu Trinken mitbringen.**

Spendenkonto Oldenburger Rechtshilfe:
KtoNr.: LzO - 100-006 154
Blz.: 28050100

Veranstaltung

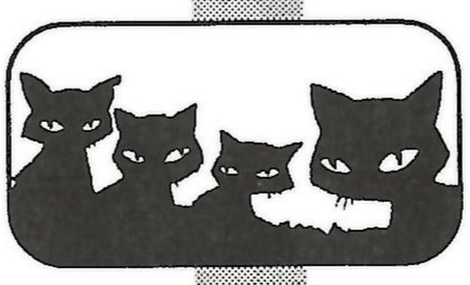
# Nazisubkultur in Sachsen

Immer öfter und dreister übernehmen Neonazis Mode, Codes und Symbole aus anderen, oft nichtrechten Subkulturen. Sie hören Hatecore, Metal, Hiphop, Techno mit extrem rechten Texten. Sie kleiden sich wie Hardcorer, Skater, usw. Gerade in Sachsen ist die Szene besonders aktiv. Fast wöchentlich finden Neonazikonzerte statt, viele extrem rechte Bands, Labels und Versände sind hier beheimatet. Da den Überblick zu behalten und Neonazis und Nichtrechte unterscheiden zu können, fällt nicht immer leicht. Der Vortrag stellt aktuelle Tendenzen in der extrem rechten Musik und Mode vor unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Sachsen. Dazu werden auch Musik- und Textbeispiele gezeigt.

**Neonazis in Sachsen - ein Überblick**
Über neun Prozent der Wählerinnen und Wähler entschieden sich bei den sächsischen Landtagswahlen am 19. September 2004 für die NPD, der es erstmalig nach mehreren Jahrzehnten wieder gelang, in ein Landesparlament einzuziehen. Während sich die NPD in Sachsen auf dem parlamentarischen Vormarsch befindet und sich als Volkes Stimme erhebt, terrorisieren gewalttätige Neonazis auf den sächsischen Straßen alles, was sie für nichtdeutsch und nichtrechts halten. Die eng mit der NPD verbandelten "Freien Kräfte" agieren selbstbewusster und militanter denn zuvor. Der Vortrag stellt die aktuelle Situation in Sachsen dar und thematisiert die Entwicklung der neonazistischen Szene. Ausserdem wird eine Einschätzung darüber gegeben, warum gerade in Sachen ein solcher Wahlerfolg für die NPD zustande kommen konnte.
Weiterhin wird es eine kleine Einführung zu Nazisymbolen, rechten Codes und Rechtsrock-Musik geben.

## Freitag, 17.November, 20.00 h

**Alhambra** Siebdruckraum, **Oldenburg**



nonazis! nonazis@hotmail.de

Unterstützt vom AStA der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

# In Gedenken an Peter Gingold.

## Ein antifaschistischer Kämpfer lebt nicht mehr

*Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, Internationalist starb am 29. Oktober in Frankfurt/M. im Alter von 90 Jahren.*

Für Peter Gingold steht ein Motto „Résistance = Widerstand - ein Leben lang!" Geboren am 8. März im Kriegsjahr 1916 erlebte er in der Weimarer Zeit die Realität der sozialen Not und des Antisemitismus. Politische Überzeugung und Handeln war für ihn eines. So organisierte er sich schon früh in der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung und engagierte sich vor 1933 und nach der Machtübertragung an die NSDAP im antifaschistischen Kampf. Verhaftet im Juni 1933 wurde er von den Nazis zur Emigration gezwungen. Er ging nach Paris, wo bereits seine Eltern und Geschwister lebten. Dort setzte er seinen antifaschistischen Kampf fort. Er gehörte zu den Gründern der überparteilichen „Freien Deutschen Jugend" (FDJ) und wurde Mitglied der KPD. Hier lernte er auch Ettie Stein-Haller kennen, die er 1940 heiratete. Über sechzig Jahre lebten sie zusammen und haben sich gegenseitig in ihrer politischen Arbeit und Überzeugung gestützt und gestärkt.
Nach dem faschistischen Überfall auf Frankreich arbeiteten beide in der französischen Résistance. 1943 geriet Peter in die Fänge der Gestapo. Ihm gelang jedoch die Flucht. Im August 1944 nahm er am Aufstand zur Befreiung von Paris teil. Den 8. Mai 1945, „das Morgenrot der Menschheit", erlebte er bei den italienischen Partisanen in Turin.

Zurückgekehrt nach Frankfurt gehörten Peter und Ettie zu den Gründern der hessischen VVN und wirkte politisch in der KPD. Doch während Peter für seine antifaschistische Arbeit in Frankreich und Italien geehrt wurde, erlebte er in Deutschland lange Jahre gesellschaftliche Ausgrenzung. Als Widerstandskämpfer und Kommunist wurden ihm und seiner Frau viele Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert. In Gefolge des KPD-Verbots musste Peter zeitweilig wieder in die Illegalität gehen. Später musste er erleben, dass man seine Tochter Sylvia wegen ihrer politischen Überzeugung mit Berufsverbot belegte.

All das hat ihn nicht abgehalten, sich für seine Vision von einer sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft, frei von Krieg und Ausbeutung einzusetzen. Dass man dazu einen sehr langen Atem brauche, auch Rückschläge verkraften müsse, vermittelte er in zahllosen Gesprächen und Vorträgen, besonders gegenüber jungen Zuhörern. Und er forderte die jungen Leute auf, selber aktiv zu werden gegen Neofaschismus, Rassismus, soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Dabei ging er mit gutem Beispiel voran bei zahllosen Aktionen gegen alte und neue Nazis, ob in Mittenwald, in Wunsiedel, in Frankfurt oder Berlin. Peter Gingold war ein viel gefragter Redner, Gesprächspartner und Zeitzeuge, der politisch reflektiert, engagiert und persönlich authentisch historische Zusammenhänge vermitteln konnte. Er wurder eingeladen von Gewerkschaften oder der autonomen Antifa, von Universitäten oder der DKP und natürlich von der VVN-BdA, für die er in den letzten Jahren als Bundessprecher politisch aktiv war. Nicht zu vergessen seine Aktivitäten im Auschwitz-Komitee der BRD, gegen die Profiteure der Kriegsverbrechen - die IG-Farben in Abwicklung oder für den Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung ‚Freies Deutschland' e.V. (DRAFD). Hier - und das zeigte eindrucksvoll die Feier zu seinem 90. Geburtstag im Frankfurter DGB-Haus - erlebte er die Anerkennung, die ihm die bundesdeutsche Gesellschaft verweigert hatte.
Ulrich Schneider VVN-BdA e.V

Die Trauerfeier zu Ehren von Peter Gingold soll im November in Frankfurt/M. stattfinden. Er selbst wird in Paris,beigesetzt.

## Sa, 2.12.2006, 20 Uhr
## Kulturzentrum PFL

Peterstr. 5, Eintritt 5/3 Euro

# Der unbekannte Soldat

Regie und Buch: Michael Verhoeven
D. 2006, 102 Min.

Michael Verhoeven (Die weiße Rose, Das schreckliche Mädchen) nimmt die 1995 eröffnete Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" als Ausgangspunkt für seinen Dokumentarfilm. Er zeigt, dass diese Ausstellung ein Tabubruch war. Bis dahin wurde in der Öffentlichkeit das Bild der „sauberen Wehrmacht" gepflegt, die nichts mit den Verbrechen der SS zu tun hatte. Und nun wurde sie plötzlich mit Fotos von Soldaten beim Mord an Zivilisten konfrontiert. Wegen einiger unrichtiger Fotozuordnungen wurde die Ausstellung 1999 zurückgezogen, neu konzipiert und unter anderem Namen dann noch einmal von 2001 bis 2004 gezeigt. Neben der Präsentation zahlloser Wehrmachtsverbrechen, vor allem in der Ukraine und Weißrussland, vergleicht der Film insbesondere die zwei Fassungen der Ausstellung und untersucht, welche Gründe das Institut für Sozialforschung in Hamburg und seinen Leiter Jan Philipp Reemtsma veranlasst haben, die Ausstellung zu verwässern. Verhoeven stellt dar, dass vor allem private Bilder normaler Soldaten, aufgenommen während der Mordhandlungen (bzw. direkt danach), entfernt wurden, also die identische Perspektive von Fotograf und Mörder. Damit fehlt in der Zweitausstellung der Blick in die Psyche des Täter-Voyeurs, der sich mit den Bildern brüsten will (vgl. ähnliche Situationen im Irak 2004-05).

Filmriß
Förderung von Kino & Kultur in Oldenburg e.V.

## Sa, 2.12.2006, 20 Uhr
## Kulturzentrum PFL

Peterstr. 5, Eintritt 5/3 Euro

# Der unbekannte Soldat

Regie und Buch: Michael Verhoeven
D. 2006, 102 Min.

# Eskalation mit Ansage:
# Nordkorea und die US-Ziele in Ostasien

von Jürgen Wagner, IMI-Studie 2006/08

**:Einleitung**

Am 9. Oktober testete Nordkorea (DVRK) erstmals eine Atombombe und reihte sich damit auch offiziell in die Riege der Nuklearwaffenstaaten ein. Wie vorauszusehen war, hagelte es direkt danach harsche internationale Kritik. Japan plädierte für scharfe Strafmaßnahmen, Russlands Präsident Wladimir Putin beklagte „großen Schaden" und das Londoner Außenministerium kündigte eine „robuste" Reaktion an. Bei einer Umfrage von FAZ.net sprachen sich mehr als 23% der Befragten für einen Militärschlag aus, über 34% für harte Sanktionen und lediglich 26% wollten intensivere Verhandlungen.1 Nach allgemeiner Lesart stellt Pjöngjangs Atomwaffentest für Washington ein Desaster dar: „Die bisherige Nordkorea-Politik der USA ist damit gescheitert, denn deren erklärtes Ziel war es zu verhindern, dass Nordkorea Atommacht wird. [...] Präsident Bush hat heute die Quittung für seine allzu kurzsichtige Nordkorea-Politik bekommen. Eine Außenpolitik braucht eben nicht nur moralische Klarheit, sondern auch strategische Eindeutigkeit."2 Hier soll dagegen eine völlig andere Interpretation vorgebracht werden, nämlich, dass der Atomwaffentest die direkte und bewusst in Kauf genommene Folge des gezielten Eskalationskurses war, den die US-Regierung seit Amtsantritt 2001 verfolgt. Der US-Strategie geht es dabei aber weder prioritär darum, nordkoreanische Atomwaffen zu verhindern, noch beabsichtigt Washington, entgegen den Vermutungen vieler Kritiker, einen Regimewechsel herbeizuführen. Während etwa Tokio sogar „militärische Sanktionen" fordert, fällt auf, dass die Bush-Administration, in krassem Gegensatz zu den massiven Kriegsdrohungen früherer Jahre, gegenwärtig von einem Angriff nichts wissen will und stattdessen erst einmal seelenruhig ihre Kriegsvorbereitungen gegenüber dem Iran beschleunigt - ein Angriff auf Nordkorea hat offenbar keine Priorität.3 Das eigentliche Ziel der Bush-Administration war und ist es, wie hier dargelegt werden soll, den vor ihrem Amtsantritt überaus erfolgreich eingeleiteten Entspannungsprozess auf der koreanischen Halbinsel auf Jahre hinaus zu untergraben und die Konfrontation mit Nordkorea auf hohem Niveau zu perpetuieren. Denn nur die Verlängerung der „nordkoreanischen Krise" ermöglicht es den USA ihre Truppenpräsenz in Südkorea, die aufgrund des Entspannungsprozesses von Seoul zunehmend in Frage gestellt worden war, dauerhaft erhalten zu können. Da diese Truppen aber für die Eindämmung des „Strategischen Rivalen" China (George W. Bush) von zentraler Bedeutung sind, musste diese Präsenz in Form einer gezielten Eskalation des Konfliktes erneut legitimiert werden, wie sich aus anhand von USStrategiepapieren plausibel begründen lässt.4 Diese Interpretation erklärt nicht nur deutlich logischer das auf den ersten Blick widersprüchliche Verhalten der Bush-Administration, schlimmer noch, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zeichnet sich ab, dass die die US-Strategie aufzugehen scheint. Der Fortführung des Entspannungsprozesses zwischen beiden koreanischen Staaten wurde auf Jahre hinaus ein schwerer Schlag versetzt - somit lässt sich leider feststellen: Mission accomplished!

**:Vordergründige Widersprüchlichkeiten der US-Strategie**

In der Tat macht die US-Politik gegenüber Nordkorea auf den ersten Blick einen höchst inkonsistenten, ja dilettantischen Eindruck. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Verhinderung nordkoreanischer Atomwaffen wohl kaum die erste Priorität der Bush- Administration darstellte. Hierfür war es zu offensichtlich, dass Washingtons militärisches Säbelrasseln im Vergleich zu Verhandlungen ein völlig kontraproduktives Mittel darstellte: „Jedes Mal, wenn die USA eine aggressive Politik anwendeten, um Nordkorea zum Einlenken zu zwingen, wurde das Land widerspenstiger. Umgekehrt, wenn Washington auf eine eher kooperative Haltung setzte, reagierte Pjöngjang für gewöhnlich mit Zugeständnissen."5 Womöglich hat sich die Bush-Administration - nicht das erste Mal - schlicht verkalkuliert. Aufgrund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher Form von Verhandlungen könnte sie schlicht darauf gehofft haben, die militärischen Drohungen würden genügen, um Nordkorea davon abzuhalten, sich Atomwaffen zu verschaffen. Die USA haben geblufft und Nordkorea wollte sehen.6 Da allerdings nahezu jeder Nordkorea-Experte prognostiziert hatte, dass Pjöngjang auf den US-Eskalationskurs mit der Entwicklung der Bombe reagieren würde, scheint es schwer vorstellbar, dass diese Vorhersagen nicht ins Kalkül der Bush- Administration eingeflossen sind. Deshalb vermuten viele Kritiker der US-Regierung, sie habe hierauf gezielt hingesteuert, um so einen Vorwand für einen bewaffneten Angriff zu erhalten. Dies deckt sich aber schlichtweg nicht mit der tatsächlichen Handlungsweise der USRegierung. Statt die Gelegenheit zu nutzen und einen militärischen Angriff ins Spiel zu bringen, forderte Washington lediglich eine „entschlossene Reaktion" des Uno- Sicherheitsrates, indem Finanz-, Handels- und Reisesanktionen gegen Nordkorea verhängt werden. Besonders auffällig ist dabei, dass - zumindest in den ersten Verlautbarungen - von einem militärischen „Regime Change" keine Rede ist. Am 10. Oktober versicherte US-Außenministerin Condoleezza Rice, „die Vereinigten Staaten beabsichtigen keinen Angriff und keine Invasion Nordkoreas."7 Ebenso äußerte sich Sean McCormack, Pressesprecher des Außenministeriums: „Wir haben überdeutlich versichert, dass die Vereinigten Staaten keinen Angriff beabsichtigen. Dieses Element unserer Politik hat weiterhin [auch nach dem Atombombentest] bestand."8 Gleichzeitig veränderte George. W. Bush weitgehend unbemerkt die „Rote Linie", deren Überschreitung einen US-Angriff nach sich ziehen würde. Während diese bislang im Erwerb von Atomwaffen bestand, ist es inzwischen die Weitergabe, die als Kriegsgrund betrachtet wird: „Der Transfer von Atomwaffen oder atomarem Material durch Nordkorea an Staaten oder nichtstaatliche Akteure würde eine schwere Bedrohung der USA darstellen, und wir würden Nordkorea für einen solchen Vorgang in vollem Maß zur Rechenschaft ziehen."9 In dieses Bild passt auch, dass die am 14. Oktober beschlossene UNOResolution 1718 militärische Maßnahmen - offensichtlich mit US-amerikanischer Zustimmung - explizit ausschließt. Dieses Verhalten der US-Regierung steht jedoch in krassem Widerspruch zu

den tonnenweise vorgebrachten Kriegsdrohungen in der zweiten Hälfte des Jahres 2002, als die Krise eskalierte und das nordkoreanische Atomprogramm noch durch ernsthafte Verhandlungen zu stoppen gewesen wäre. Nachdem die Vereinigten Staaten also zunächst eine gezielte Eskalation betrieben, die den Anschein erweckte, ein militärischer Angriff stehe kurz bevor, will man plötzlich hiervon nichts mehr wissen. Wie erklärt sich diese vordergründig höchst widersprüchliche Strategie? Eine mögliche Erklärung besteht darin, dass Nordkorea auf der Prioritätenliste der „Achse des Bösen" ganz hinten steht, da sowohl der Irak, als auch der Iran aufgrund ihrer Ölvorkommen deutlich wichtiger sind. So könnte es zwar durchaus das Ziel sein, dass Regime zu stürzen, aufgrund der geringeren ökonomisch-strategischen Bedeutung Nordkoreas, seiner schlagkräftigen Armee, der desaströsen Lage in Afghanistan und im Irak sowie der Tatsache, dass dem Iran höhere Priorität zukommt, wird aber derzeit von Versuchen, dies militärisch zu bewerkstelligen abgesehen und stattdessen auf eine „Strangulierungsstrategie" gesetzt. Verschiedene Initiativen (v.a. die Proliferation Security Initiative (PSI), die Illicit Activities Initiative (IAI) und die Human Rights Initiative (HRI)) sollen das Land unter Quarantäne setzen, destabilisieren und so zum Sturz Kim Jong Ils führen, so eine häufige Interpretation der US-amerikanischen Strategie.10 Sie verkennt jedoch, dass Kim Jong Ils Regime derzeit recht stabil zu sein scheint, sodass auf absehbare Zeit mit einem Erfolg der Strangulierungsstrategie nicht zu rechnen ist, wie auch der Bush-Administration klar sein dürfte.11 Vor allem aber erklärt sich hieraus nicht, weshalb Nordkorea gezielt suggeriert wurde, ein Angriff stehe kurz bevor, obwohl allen US-Offiziellen klar war, dass die hierfür notwendigen Kapazitäten im Irak und Afghanistan gebunden waren - zumal der Iran ohnehin das offensichtlich präferierte Ziel darstellt. Denn gerade mit dem militärischen Säbelrasseln, das bspws. durch OPLAN 5030 auch substanziell untermauert wurde, drängte man Pjöngjang förmlich zur Beschleunigung seines Atomprogramm: „Ende Mai 2003 hatte USVerteidigungsminister Donald Rumsfeld die Ausarbeitung einer neue Strategie für einen Konflikt mit Nord Korea in Auftrag gegeben: ‚Operational Plan 5030'. [...] Durch nicht angekündigte, grenznahe US-Manöver soll Nord Korea immer wieder in Alarmzustand gesetzt werden, in der Hoffnung, auf diese Weise wichtige nachrichtendienstliche Erkenntnisse über die Lage der Kommunikationsknotenpunkte, der militärischen Kommandozentralen und deren Zusammenspiel im Ernstfall zu bekommen. ‚Einige der Sachen, die von Fargo (Admiral Fargo, US-Oberkommandierender für den Pazifik) verlangt werden, sind – wie soll ich das sagen – ziemlich provokant', beurteilt ein US-Regierungsbeamter den Plan."12 Es war absolut vorhersehbar, dass Nordkorea hierauf mit eine Beschleunigung seines Atomwaffenprogramms reagieren würde. Handelte es sich also bei der US-amerikanischen Nordkorea-Politik um politstrategischen Dilettantismus großen Stils oder verfolgen die USA andere, nicht ganz so offensichtliche, aber weniger widersprüchliche und in sich logische Ziele? Als Antwort auf diese Frage soll deshalb hier eine, zugegebenermaßen zynische, aber eben durchaus plausibel begründbare Interpretation für Washingtons Verhalten dargelegt werden, nämlich, dass Washington diese Krise von Anfang an gezielt herbeigeführt hat und bewusst in Kauf nahm, dass sich Nordkorea in deren Verlauf Atomwaffen beschaffen wird. Nicht aber etwa, um in dem Land einzumarschieren, sondern um den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zu perpetuieren, der für Washingtons Interessen mit Blick auf China von zentraler Bedeutung ist, wie im Folgenden dargelegt werden soll. Hierfür ist es aber zunächst erforderlich, den Verlauf der Eskalation näher zu betrachten.

**:Chronologie: Der Fahrplan in die Krise**

Schon 1994 standen die USA und Nordkorea kurz vor einem Krieg, der durch den Abschluss eines Rahmenabkommens gerade noch abgewendet werden konnte. Es sah im Austausch für den nordkoreanischen Verzicht auf sein Atomprogramm u.a. die Bereitstellung von zwei Leichtwasserreaktoren bis 2003 und Öllieferungen vor, die für das unter dramatischer Energieknappheit leidende Land, von zentraler Bedeutung waren. Gegen Ende der Clinton-Administration deutete sich sogar eine schrittweise Normalisierung und Entspannung der Beziehungen an: „William Perry, ehemaliger US-Verteidigungsminister, unternahm eine Shuttle-Diplomatie, um als Sonderemissär von Präsident Bill Clinton eine mittelfristige Nordkoreapolitik zu formulieren. Im Oktober 1999 veröffentlichte Perry seinen Bericht, der in dreierlei Hinsicht bedeutsam war: Beide Protagonisten wahrten ihr Gesicht; die in Washington angenommene Prämisse, Nordkorea werde alsbald zusammenbrechen, wurde revidiert, und schließlich ward die vom südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung verfolgte ‚Sonnenscheinpolitik' ausdrücklich befürwortet."13 Diese Sonnenscheinpolitik, der Aussöhnungsprozess zwischen dem Norden und dem Süden, entwickelte sich zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls äußerst viel versprechend: „Am 13. Juni 2000 genoss die nordkoreanische Führung sogar als Gastgeber des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens den geschichtsträchtigen Moment, dass die Staatschefs beider Teilstaaten, Kim Dae-Jung und Kim Jong-Il, Freundlichkeiten per Handschlag austauschten. Zwei Tage später, am 15. Juni 2000, vereinbarten beide Staatsmänner die historische Nord-Süd-Deklaration. Über Familienzusammenführung und gegenseitige Besuchsprogramme hinaus sieht diese eine engere Kooperation in den Bereichen Kultur, Handel und Wirtschaft vor."14 Diese positive Entwicklung verkehrte sich unter George W. Bush ins genaue Gegenteil. Schon kurz nach Amtsantritt, im März 2001, brach die Bush-Administration sämtliche Beziehungen mit Nordkorea bis auf weiteres unvermittelt ab. Obwohl Pjöngjang ein großes Interesse an einer Normalisierung der Beziehungen mit den USA zeigte und vor allem unmittelbar nach dem 11. September 2001 zahlreichen Bemühungen unternahm, „Wohlverhalten" an den Tag zu legen15, fand sich das Land „zum Dank" im Januar 2002 auf der „Achse des Bösen" wieder. Parallel hierzu benannte die US-Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review) Nordkorea explizit als mögliches Ziel amerikanischer Atomschläge. Angesichts der kurze Zeit später verkündeten US-Präventivkriegsstrategie musste dies wohl unmissverständlich als ernste militärische Drohung aufgefasst werden. In der Tat arbeitete das Strategische Oberkommando der USA in der Folge im Rahmen des „Global Strike-Programms" einen Einsatzplan für nukleare Präventivschläge gegen den Iran und Nordkorea (CONPLAN 8022-02) aus, der Ende 2003 fertig gestellt war.16 Natürlich löste der Eskalationskurs der Bush-Administration in Nordkorea extreme Besorgnis aus, weshalb man sich von dem Besuch des zuständigen Staatssekretärs im Außenministerium, James Kelly, Anfang Oktober 2002 eine Art Neuanfang versprach. Die Stippvisite, bei der der US-Vertreter Berichten zufolge äußerst aggressiv auftrat, erwies sich jedoch als totales Fiasko, sodass sich die Situation rasant zuspitzte. Mitte November 2002 setzte die US-Regierung die für Nordkorea enorm wichtigen Öllieferungen aus und machte klar, dass die zugesagten Leichtwasserreaktoren - wenn überhaupt - erst 2008 geliefert werden würden. In der Folge brachte die US-Regierung zudem wiederholt offen eine militärische Lösung ins Spiel, am 30. November 2002 bspws. drohte US-Präsident George W. Bush, er erwäge „nicht-diplomatische" Aktionen gegen Pjöngjang. Vor diesem Hintergrund konnte wohl der nordkoreanische Diktator Kim Jong Il nur zu der Schlussfolgerung gelangen, dass die USA bewusst auf einen Krieg zusteuern. Die Aussetzung der Öllieferungen stellte dabei ebenso wie die Erwähnung als Ziel amerikanischer Atomschläge eine eklatante Verletzung des Rahmenabkommens von 1994 dar. Dort hieß es in Artikel 3: „Die USA werden der DVRK formale Zusicherungen gegen die Drohung oder Anwendung von Atomwaffen durch die USA liefern." All diese Aspekte wurden von Nordkorea in einem offiziellen Brief als Gründe benannt, weshalb das Land das Rahmenabkommen für obsolet halte und deshalb beabsichtige sein Atomprogramm wieder aufzunehmen. Am 31. Dezember 2002 mussten die UNO-Inspektoren schließlich das Land verlassen und am 10. Januar 2003 gab Nordkorea seinen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag bekannt. Gleichzeitig betonte Pjöngjang aber, jederzeit zu einer Rücknahme dieser Schritte bereit zu sein, wenn es dafür die 1994 ausgehandelten Zusagen, vor allem aber eine verlässliche Nicht-Angriffsgarantie erhalte.17 Die nun folgenden Verhandlungen mündeten schließlich nach einigem hin und her am 19. September 2005 in eine Erklärung zwischen Nordkorea, den Vereinigten Staaten, China, Japan, Russland und Südkorea. Pjöngjang versprach „alle Atomwaffen und existierenden

# alhambra zeitung und programm

## November 06

Fr. 3.11. 22:00 Reggae Corner / Lovely Vibes Birthday Bashment
Sa. 4.11. 22:00 Lesbischwule Halloween Party
Fr.10.11. 22:00 StepStepStep-Party
Sa. 11.11. 22:00 Frauendisko ‚Die Sufragetten‘,
ab 21:00 Standarttanz
Fr.17.11. 23:00 Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.18.11. 22:00 Männerfabrik
Fr.24.11. 22:00 Gambia-Party
Sa. 25.11. 22:00 Rosa Disco

## Dezember 06

Fr. 1.12. 22:00 Reggae Corner
Sa. 2.12. 22:00 Homophilias - Party für Lesben & Schwule
So. 3.12. 21:00 Crush Hour Concerts: USA is a monster (USA) +
Animental (USA)
Fr. 8.12. 21:00 Antifa-Soli-Konzert: Alarmsignal + 3.Wahl

## regelmäßiges

### Wöchentlich:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe "Kaluppe"
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis "Swimmy"
Do. 19:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

### Monatlich:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Mo. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 Alhambra-NutzerInnenplenum